



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 27. Februar 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Ein Gutachten des Bundestags zeigt auf, dass auch europäische Schiffe Menschenrechtsverletzungen auf dem Mittelmeer begehen. Explizit treffe dieser Vorwurf nicht nur auf die libysche Küstenwache, die Menschen auf dem Meer abfange und in die Gefangenenlager zurückbringe, zu. Als Beispiel wird aufgeführt, dass im Herbst letzten Jahres ein italienisches Kriegsschiff die in einem Schlauchboot Fliehenden an der Weiterfahrt hinderte. Das dauerte so lang, bis die libysche Küstenwache eintraf, die Insassen aufnahm und nach Libyen zurücktransportierte. Dies „dürfte“ gegen das Non-refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen, dass also ein Mensch nicht in ein Land zurückgeschickt werden darf, wo sein Leben oder seine Freiheit bedroht sind. Daran ändere nichts, dass das italienische Kriegsschiff nicht aktiv den Rücktransport unternommen habe. Auch dass die Rettungsleitstelle in Rom bei Einsätzen mit mehreren involvierten Schiffen die Einsatzleitung libyschen Schiffe übertrage, „könnte“ laut den Gutachter*innen des Bundestags gegen geltendes Recht verstoßen. Es steht zu befürchten, dass zumindest die Vorwürfe gegen die Rettungsleitstelle in Rom erledigen werden. Die EU unterstützt Libyen, eine eigene Leitstelle aufzubauen. Dann wird von dort über Einsätze entschieden.
<http://www.zeit.de/2018/09/fluechtlinge-europaeische-union-lybien-voelkerrecht-verstoss-gutachten-bundestag> (21.02.18)
- Etwa 690.000 Kinder von Geflüchteten und Migrant*innen leben in den USA, die keine Papiere besitzen. Die sogenannten „Dreamer“ werden vor der Abschiebung durch das von US-Präsident Barack Obama erlassene „Daca-Dekret“ geschützt. Der amtierende Präsident Donald Trump wollte das Dekret zum 5. März auslaufen lassen wogegen mehrere Organisationen klagten und Recht bekamen. Die US-Regierung brachte die Frage direkt an den Supreme Court, ohne die Entscheidung der Bundesberufungsgerichte abzuwarten. Der Supreme Court hat nun entschieden, dass dies aber geschehen müsse, bis sich das oberste Gericht mit dem Fall beschäftige. Damit bleibt das Dekret weiterhin in Kraft.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/supreme-court-daca-programm-dreamer-schutz-abschiebung-usa> (26.02.18)
- Der französische Präsident Emmanuel Macron hat einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, mit dem das Asylrecht in den meisten Teilen verschärft wird. Die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren soll von derzeit neun auf sechs Monate verkürzt,

die Abschiebehaft von 45 auf 90 Tage verdoppelt werden. Die Frist, Widerspruch gegen einen negativen Bescheid einzulegen, soll zudem verkürzt werden genauso wie der Zeitraum, in der überhaupt ein Asylantrag gestellt werden kann. Menschen, denen der subsidiäre Schutz zugesprochen wird, sollen dagegen vier Jahre Aufenthalt anstatt von bisher einem Jahr gewährt bekommen.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/frankreichs-asylpolitik-der-schwenk-des-monsieur-macron/20988390.html> (21.02.18)

- In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag macht die geschäftsführende Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorschlag, die Verteilung von EU-Geldern an die Aufnahme von Geflüchteten zu koppeln. Aus Polen kommt die Warnung, dass dies eine politische Krise der EU auslösen werde. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger richtet derweil die Warnung an Polen und Ungarn, dass bei den Verhandlungen um den EU-Haushaltsrahmen 2021 bis 2027 auch Kategorien wie Rechtsstaatlichkeit berücksichtigt werden können. Die EU-Kommission hatte im Dezember ein Verfahren wegen des Bruchs der Grundwerte gegen Polen eingeleitet.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-warnt-angela-merkel-wegen-streitthema-fluechtlinge-15463637.html> (23.02.18)

Bund, Land, Kommune

- 14 Menschen wurden letzten Dienstag nach Afghanistan abgeschoben. Es war die zehnte Sammelabschiebung nach Dezember 2016. 4.744 Menschen wurden derweil direkt bei ihrer Ankunft an einem deutschen Flughafen zurückgewiesen. Dass auch hier Intransparenz das höchste Gebot ist, zeigt der Fall einer nach Griechenland zurückgewiesenen Familie vom 25. Januar 2018. Eine Familie mit mehreren Kindern, darunter Babys und ein Kind mit Behinderung, wurden direkt wieder nach Athen zurückgeführt. Angaben, warum dies geschehen sei, verweigert die Bundespolizei. Lediglich die Begründung wird angeführt, dass etwas mit ihren Dokumenten nicht gestimmt habe. Die befördernde Airline Easyjet lässt öffentlich auch nichts verlautbaren.
<https://www.tagesspiegel.de/politik/kampagnen-der-bundesregierung-fluechtlinge-abschieben-und-abschrecken/20983096.html> (23.02.18)
- In 981 Fällen konnten Abschiebungen in 2017 erfolgreich verhindert werden, in 2016 gelang das noch 502 Menschen. 525 Mal wurde die Abschiebung auf Grund des Widerstands der Schutzsuchenden selber gestoppt, in 111 Fällen „meldeten sich die Asylbewerber krank“ (*Zeit*) – was das auch immer heißen mag. 314 Mal weigerten sich Pilot*innen beziehungsweise die Flugzeugbesatzung, die Abschiebung durchzuführen, in 31 Fällen weigerten sich die Herkunftsländer, die Geflüchteten aufzunehmen.
<http://www.zeit.de/politik/2018-02/asyl-abschiebungen-abbruch-widerstand> (20.02.18)
- Die Essener Tafel versorgt nur noch Menschen deutscher Staatsbürgerschaft. Diese diskriminierende Vorgehensweise mache sich die Dresdner Tafel nicht zu eigen, so deren Chef Andreas Schönherr. Es gebe Mechanismen, wie die in Essen beschriebenen Drängeleien vermieden werden können. Zudem habe man in Dresden nicht feststellen können, dass wenn es denn mal zu inakzeptablem Verhalten komme, dies nichts mit der Herkunft zu tun habe.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/dresdner-tafel-versorgt-weiter-fluechtlinge-3885670.html> (24.02.18)
- Politikwissenschaftler*innen aus Dresden und Speyer rufen dazu auf, die AfD vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Die Grenze zum Rechtsradikalismus sei überschritten. Hintergrund sind unter anderem die rassistischen Äußerungen von AfD-Politiker*innen am politischen Aschermittwoch.

<http://www.migazin.de/2018/02/22/rechtsextremismus-staatsrechtler-beobachtung-afd-verfassungsschutz/> (22.02.18)

<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/politkwissenschaftler-plaedierte-fuer-beobachtung-von-teilen-der-afd-100.html> (24.02.18)

Hintergrund und Meinung

- „Libyen nicht vergessen“, dafür appelliert Martin Klingst in der *Zeit*. Die Lager stünden noch, von Retten könne bei dem, was die libysche Küstenwache auf dem Mittelmeer mache, nicht die Rede sein. Menschen würden zurück nach Libyen transportiert und in Lagern interniert. Was dort geschehe, dass es Vergewaltigungen, Missbrauch, Morde, Sklav*innenhandel gebe, sei bekannt. Allein im Januar sind nach Angaben des UNHCR 1.430 Menschen so erneut in Libyen gelandet. Wie viele tausend Menschen sich in den Lagern befinden, könne nicht abgeschätzt werden. Der UNHCR ist mit einem Büro in Tripolis präsent und versucht, Menschen aus dem Land zu evakuieren, teils in Transitlager im Niger. Dort solle geklärt werden, ob andere Länder sich bereiterklären, die Menschen aufzunehmen. 45.129 Menschen in Libyen haben vom UNHCR den Flüchtlingsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention zugesprochen bekommen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/libyen-fluechtlinge-mittelmeer-seenotrettung-5vor8> (23.02.18)
- Präsident Macrons Anspruch, eine Politik des „Sowohl-als-auch“ zu fahren – also links und rechts zugleich zu sein – sei bei den geplanten Asylrechtsverschärfungen lediglich „verschämte Beschönigung“, so Rudolf Balmer in der *taz*. Der Zugang zum Flüchtlingsstatus werde erschwert, Asylgesuche wie Widersprüche werden nicht fristgerecht eingereicht werden können.
<http://www.taz.de/!5484013/> (21.02.18)
- Eine „lautstarke Minderheit“ kurbele gezielt den Hass auf Facebook an. Zu dem Ergebnis kommt eine Studie des Institute for Strategic Dialogue. 18.000 Kommentare mit Hate Speech zu Postings verschiedener Medien wurden ausgewertet, genauso wie die Like-Zahlen zu diesen Kommentaren. Die Studie zeigt, dass die Hälfte der Likes bei Hass-Kommentaren auf lediglich fünf Prozent der Accounts zurückgehe, 25 % der Likes lassen sich gar auf ein Prozent der Profile zurückführen. Die Forscher*innen konnten zudem die Nutzer*innen, die Hass auf Facebook forcieren, als Unterstützer*innen von AfD und Identitären identifizieren. So werde suggeriert, dass bestimmte Themen eine breite Öffentlichkeit beschäftigen würden. Der Facebook-Algorithmus lasse diese Inhalte entsprechend weiter verbreiten.
<https://www.taz.de/Hass-Kommentare-in-Online-Netzwerken/!5486615/> (21.02.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rldl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe